

Gründung der Bankgesellschaft Berlin: zur Entwicklung der Vorgängerinstitute

Am 1. Januar 1994 wurde unter großem öffentlichem Interesse die Bankgesellschaft Berlin durch einen Zusammenschluss der Berliner Bank (BB), der Landesbank Berlin (LBB) sowie der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank (Berlin Hyp) ins Leben gerufen. Bereits zum 1. Januar 1993 war zudem die Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (WBK) unter dem neuen Namen Investitionsbank Berlin (IBB) auf die Landesbank verschmolzen worden. Mit der Gründung des Konzerns waren große Erwartungen verbunden. Von Seiten des Landes beabsichtigte man die „(...) Schaffung eines schlagkräftigen Bankkonzerns für Berlin (...)“ mit dem „(...) der Bankplatz Berlin insgesamt gestärkt und attraktiver wird.“¹⁾ Diese Erwartungen sollten sich nicht erfüllen.

Am Rande der Insolvenz

Im Jahr 2001 konnte die Überlebensfähigkeit des Konzerns nur durch eine Kapitalzuführung des Landes in Höhe von zwei Milliarden Euro sichergestellt werden. Hohe Kredit- und Immobilienrisiken hatten den Konzern an den Rand einer Insolvenz gebracht. Bisher ist der Fall der Bankgesellschaft Berlin vor allem als „Bankenskandal“ gewürdigt worden.²⁾ Er ist jedoch nicht nur aus politischer Perspektive von Interesse.

Die Schieflage des Konzerns lässt sich aufgrund des Volumens von über zwei Milliarden Euro als eine der größten Bankkrisen der bundesdeutschen Geschichte bezeichnen. Es erweist sich als auffällig, dass der Konzern bereits sieben Jahre nach Gründung vor der Insolvenz stand. Vor dem Hintergrund der Chancen und Risiken von Bankfusionen ist daher untersuchenswert, ob und inwieweit die Gründung der Bankgesellschaft Berlin mit ihrem späteren Scheitern in Verbindung zu setzen ist.

Der (West-)Berliner Bankenmarkt wies vor 1990 einige Besonderheiten gegenüber der Marktsituation in der übrigen Bundesrepublik auf. Zu erwähnen sind die abgeschottete Lage, die Subventionierung durch sogenannte Berlinförderdarlehen sowie die dadurch bedingte eingeschränkte Wettbewerbssituation. In Ostberlin kann vor 1990 nur sehr bedingt von einem Bankenmarkt gesprochen werden. Aus dem Mauerfall resultierte ein Wegfall dieser Sonderfaktoren und damit ein Transformationsprozess sowohl des Ost- als auch des Westberliner Bankenmarktes. Die Entwick-

lung der Gründungsinstitute, und die Entstehung und die weitere Entwicklung der Bankgesellschaft lässt sich als ein Teil dieser Anpassungsprozesse interpretieren.

Die Sparkasse der Stadt Berlin (West)

Im Verlaufe der Betrachtungsperiode vollzog die Sparkasse einen umfassenden Wandlungsprozess, wobei die Gründung der Landesbank Berlin 1990 sowie die Fusionen mit der Sparkasse Berlin (Ost) und der Wohnungsbaukreditanstalt als Eckpunkte zu bezeichnen sind. 1987 war die Sparkasse aufgrund des Regionalprinzips noch vollständig auf den Raum Berlin West beschränkt. Der Schwerpunkt des Kreditgeschäftes lag im Bereich der Bau- und Kommunalkredite. Im Firmenkreditgeschäft betreute die Sparkasse entsprechend der Marktlage vor allem regionale mittelständische Kunden. Im Baukreditgeschäft kam der öffentlichen Förderung eine gewisse Bedeutung zu. Als Universalkreditinstitut war die Sparkasse auch im Depot-, Konsortial-, und Kartengeschäft sowie im Zahlungsverkehr tätig.

In seiner Gesamtheit kann das provisionsabhängige Geschäft der Sparkasse gegen Ende der achtziger Jahre jedoch als relativ schwach bezeichnet werden.³⁾ Der Zeitraum bis 1990 war geprägt von einem sich ständig verstärkenden Ertragsdruck, der aus einer Verteuerung der Passivseite der Bilanz aufgrund einer Zunahme des Interbankengeschäftes sowie einer Umschichtung von Kundeneinlagen resultierte. Aus Sicht der Sparkasse war dies eine Folge des Regionalprinzips, dessen Abschaffung der damalige Vorstandsvorsitzende Hubertus Moser forderte. Für die weitere Expansion der Sparkasse sei „(...) ein Wirtschaftsraum mit mindestens 2,5 bis drei Millionen Einwohnern nötig.“⁴⁾ Dementsprechend kann der Erwerb von Anteilen an der Weberbank

Sebastian Eichfelder, Freie Universität Berlin, Institut für Betriebswirtschaftliche Prüfungs- und Steuerlehre, Berlin

Die anstehende organisatorische und strategische Neuausrichtung der Landesbank Berlin innerhalb der Sparkassenorganisation wird den Blick der Öffentlichkeit im Laufe dieses Jahres sicherlich wiederholt auf aktuelle Entwicklungen lenken (siehe Bankenchronik). Flankierend dazu veröffentlicht die Redaktion in lockerer Folge die vergleichsweise kurze Geschichte des Vorgängerinstituts Bankgesellschaft Berlin. Der Autor stützt sich dabei auf veröffentlichte Quellen, etwa auf Geschäftsberichte der Bankgesellschaft Berlin und ihrer Gründungsinstitute sowie auf Protokolle und auf den Untersuchungsausschussbericht des Berliner Abgeordnetenhauses. In der ersten von insgesamt drei Folgen wird die Ausrichtung und die geschäftliche Ausgangslage des an der Gründung der Bankgesellschaft beteiligten Kreditinstitute aufgezeigt, bevor dann in den nächsten Ausgaben chronologisch der Weg zur Gründung der Holding dargestellt wird und grundlegende Informationen über den Aufbau des Konzerns und dessen Geschäftsentwicklung bis Mitte der neunziger Jahre geschildert werden. (Red.)

Gründung der Bankgesellschaft Berlin: zur Entwicklung der Vorgängerinstitute

KGaA im Jahr 1989 als ein Schritt zur Umgehung des Regionalprinzips aufgefasst werden.

Mit der Gründung der Landesbank Berlin (LBB) zum 1. Oktober 1990 wurde die bisher angestrebte Expansion möglich. Die LBB übernahm im Zuge der deutschen Einheit 70 Zweigstellen der Sparkasse Berlin (Ost), was sich vor allem auf das Passivgeschäft positiv auswirkte und eröffnete eine Anzahl von Repräsentanzen in Brandenburg. Strategisch zielte die LBB darauf ab, eine starke regionale Position aufzubauen, wobei man sich die Bayerische Vereinsbank zum Vorbild nahm.

Die beabsichtigte Stellung als Landeszentralbank in Brandenburg wurde allerdings nicht erreicht. 1992 und 1993 wurde mittels Niederlassungen in London und Luxemburg der internationale Kapitalmarkt erschlossen. Im Privatkundengeschäft sollte der „LBB Anlage- und Finanzierungs-

service“ (AFS) vermögende Kundenpotenziale erschließen.

Vertrieb Geschlossener Immobilienfonds

Eine Erweiterung des Angebots in diesem Marktsegment stellte auch der Vertrieb Geschlossener Immobilienfonds dar. 1993 wurde eine erste Tranche über 218,5 Millionen DM aufgelegt. Die Auflage der Fonds oblag zunächst der seit 1991 bestehenden LBB Grundstücksgesellschaft GmbH & Co. KG sowie der 1993 erworbenen Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH & Co. Vermögensverwaltung oHG. Sie bildeten damit den Vorläufer für das Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin (IBG). Die expansive Geschäftsentwicklung der Landesbank macht die Steigerung der Bilanzsumme von 23 Milliarden DM 1989 auf 107,5 Milliarden DM 1993 deutlich. Auf der Aktivseite (ohne IBB) nahmen die Kommunalkredite bis 1993 auf etwa 50 Prozent des Portfolios zu, während

Immobilienkredite leicht auf 27 Prozent zurückgingen. Privatkredite reduzierten sich auf etwa drei Prozent, während Firmenkredite geringfügig auf 20 Prozent zunahmen.

Zins- und Provisionsüberschuss konnten von 1989 und 1993 mehr als verdreifacht werden. Zwischen 1990 und 1992 wurde dennoch aufgrund stark gestiegener Verwaltungsaufwendungen und einer gezielten Null-Gewinnpolitik des Vorstands kein positiver Jahresüberschuss ausgewiesen. Die starke Ergebnisverbesserung 1993 ist auch unter dem Gesichtspunkt einer, trotz der konjunkturellen Verschlechterung, deutlich gesenkten Risikovorsorge zu sehen.

Die Berliner Bank AG

Die Berliner Bank AG wurde 1950 als Rechtsnachfolger des Berliner Stadtkontors West gegründet. Ab Mitte der siebziger

Abbildung 1: Wichtige Kennzahlen der Sparkasse der Stadt Berlin (West)/LBB in Millionen DM

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
1) Bilanzsumme	18 488,8	21 468,4	22 970,6	31 281,1	40 361,5	81 096,8	107 521,6	113 827,4	143 295,6	168 790,2
2) Personal (Mitarbeiterzahl)	3 958	3 999	4 027	4 836	6 343	6 848	8 121	7 283	7 158	7 122
Passiva 3) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10 923,1	11 372,8	11 755,6	20 002,3	21 196,6	47 216,5	50 191,1	51 898,0	57 159,4	66 213,8
davon Spareinlagen	6 686,5	6 746,8	6 591,3	7 666,0	8 885,2	9 325,0	10 336,3	11 325,9	13 045,3	14 538,7
täglich fällige Einlagen	1 552,6	1 717,2	1 736,3	7 787,5	5 875,3	5 589,7	6 594,3	6 521,1	8 305,7	11 381,7
Termineinlagen	2 225,3	2 424,5	2 917,3	4 004,2	5 829,5	31 647,6	32 556,9	33 289,2	34 985,3	39 413,4
Bauspareinlagen	458,7	484,3	510,7	544,6	606,6	654,2	703,6	761,8	823,1	880,0
4) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 481,8	5 128,8	6 126,5	5 245,6	13 088,9	17 391,5	30 982,7	33 065,1	47 981,2	55 517,5
5) Schuldverschreibungen/verbrieftete Verbindlichkeiten	3 432,7	3 270,4	3 405,8	3 365,6	3 552,8	10 113,1	20 125,4	21 985,0	31 181,4	39 445,2
6) Rückstellungen	180,6	191,2	159,2	357,6	561,9	922,1	856,7	1 094,0	875,1	996,0
7) Eigenkapital	755,0	808,0	864,0	1 225,0	1 225,0	3 318,3	3 656,3	3 813,1	3 966,5	4 229,8
Aktiva 8) Forderungen an Kunden	11 351,1	12 859,4	12 791,1	13 743,5	19 619,6	36 766,6	48 292,0	57 779,0	66 978,8	81 537,5
davon Personalkredite/ Ab 1993 Residualposten	2 669,0	2 824,0	2 992,0	N.A.	N.A.	N.A.	9 491,2	13 641,4	18 352,5	26 463,5
Realkredite	3 343,0	3 448,0	3 597,0	N.A.	N.A.	N.A.	20 105,4	21 920,7	24 367,0	26 525,1
Kommunalkredite	4 816,0	6 085,0	5 710,0	N.A.	N.A.	N.A.	18 149,4	21 669,1	23 692,3	27 979,9
9) Forderungen an Kreditinstitute	2 563,7	3 932,0	5 551,4	6 905,0	8 676,7	25 416,6	31 771,6	28 252,0	42 706,5	54 314,3
10) Festverzinsliche Wertpapiere	2 935,5	3 265,6	2 895,6	4 820,7	5 974,1	11 728,2	18 873,0	15 818,2	21 259,2	19 989,6
GuV 11) Zinsüberschuss	462,0	454,3	422,2	630,2	843,0	1 017,0	1 427,6	1 509,9	1 572,7	1 686,3
12) Provisionsüberschuss	46,7	51,8	74,3	94,0	129,5	187,2	307,7	336,4	319,8	355,9
13) Verwaltungsaufwand	318,9	328,6	349,1	430,5	766,6	858,1	1 067,3	1 124,2	1 195,2	1 196,4
14) Sonstiges Ergebnis	- 2,3	- 0,6	10,6	- 41,6	- 31,7	2,8	10,8	74,1	11,5	174,0
15) Risikovorsorge	60,8	66,5	90,8	179,2	108,3	183,7	147,9	298,8	199,8	133,7
16) Betriebsergebnis	126,7	110,4	67,2	72,9	65,9	165,2	535,3	477,9	510,2	950,5
17) Jahresüberschuss	60,0	60,0	23,0	0,0	0,0	0,0	338,0	409,7	417,8	883,5

Quelle: Diese Kennzahlen basieren auf den Jahresabschlüssen der Sparkasse Berlin (West) beziehungsweise der Landesbank Berlin (LBB). Vgl. Sparkasse der Stadt Berlin (West), Geschäftsberichte 1987 bis 1989, Berlin 1988 bis 1990; LBB, Geschäftsberichte 1990 bis 1996, Berlin 1991 bis 1997. Die GuV-Kennzahlen wurden aus verschiedenen Positionen der Jahresabschlüsse zusammengefasst. Vgl. hierzu auch LBB, Geschäftsbericht 1996, Berlin 1997, 9.



Jahre expandierte das Institut zunehmend über die Berliner Stadtgrenzen hinaus. Nach einem Einstieg in das westdeutsche Großkundengeschäft erwarb es 1976 eine Mehrheitsbeteiligung an der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank (BHH) und gründete 1977 die Berliner Bank International S.A. in Luxemburg. Zwischen 1983 und 1985 verschmolz die BB vier verschiedene Tochterinstitute zu der auf Bundesebene präsenten Allbank. Die Frankfurter Filiale wurde 1979 in eine Niederlassung umgewandelt, der weitere Niederlassungen im Bundesgebiet folgten. Das bisher vollständig im Landesbesitz befindliche Institut wurde 1984 an der Börse teilprivatisiert, wobei das Land zunächst 76 Prozent der Anteile hielt.

Ähnlich der Sparkasse kann die damalige Berliner Bank als mittelgroßes Universalkreditinstitut mit regionalem Standbein umschrieben werden. Sie war jedoch nicht an das Regionalprinzip des Sparkassengesetzes gebunden. 1987 entfielen bereits 50 Prozent des Aktivgeschäfts auf Kunden außerhalb Berlins, die zu 90 Prozent durch Passiva aus dem Berliner Raum refinanziert

wurden. Über eine stärkere Position als die Sparkasse verfügte die BB im Provisionsgeschäft sowie im Firmenkundengeschäft, auf das 66,5 Prozent des Kreditvolumens entfielen. Relativ schwach war die Position der BB im Emissionsgeschäft mit einem Anteil der Schuldverschreibungen an der Bilanzsumme von etwa 8,3 Prozent, während sich die Sparkasse, die über ein Privileg zur Emission öffentlicher und mündelsicherer Schuldverschreibungen verfügte, zu 18,6 Prozent über Anleihen refinanzierte.

Umfangreiches Beteiligungsgeflecht

Anders als die Sparkasse verfügte die BB über ein umfangreiches Beteiligungsgeflecht von Kapitalbeteiligungs-, Leasing-, Verwaltungs- und Servicegesellschaften, auf das 1989 rund 50 Prozent des Eigenkapitals entfielen. Das größte Einzelengagement bildete nach Aussagen des Managements die Allbank, die sich aufgrund hoher Wertberichtigungen in den Jahren 1986 und 1987 zunächst als Verlustbringer erwies. Die Gesamtverzinsung der Beteiligungen nahm sich mit zwei Pro-

zent 1988 und mit vier Prozent 1989 eher bescheiden aus. Im Zuge der „Allfinanzstrategie“ des Managements wurde das Beteiligungsportfolio dennoch von 17 Gesellschaften in 1987 auf 60 Beteiligungen 1993 erweitert. Ergänzt wurde diese Expansion durch eine zehnjährige Kooperation mit der Gothaer Versicherung. Das Ziel dieser Vereinbarung, die auch eine wechselseitige Beteiligung beider Gesellschaften umfasste, bestand in einem Cross-Selling von Versicherungs- und Bankprodukten im Sinne der Allfinanzstrategie.

Aus den erläuterten Aktivitäten resultierte ein enormer Kapitalbedarf, wobei sich die BB im Gegensatz zur Sparkasse nicht in der Lage sah, diesen aus eigenen Gewinnrücklagen zu decken. Als Aktiengesellschaft unterlag die BB spätestens seit der Teilprivatisierung 1984 der Verpflichtung, eine marktgerechte Dividende auszuschütten. Angesichts anhaltender Ertragsprobleme wurden von 1987 bis 1991 keine Überschüsse in die Gewinnrücklage eingestellt, sondern in vollem Umfang an die Aktionäre ausgeschüttet. 1986 hatte das Institut sich sogar dazu außerstande gesehen, da

Abbildung 2: Wichtige Kennzahlen der Berliner Bank AG in Millionen DM

		1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	1) Bilanzsumme	15 800,0	18 156,8	19 581,5	21 556,2	40 280,5	43 914,2	45 725,3	46 482,1	41 264,8	47 210,0
	2) Personal (Mitarbeiterzahl)	3 361	3 399	3 419	3 612	4 558	4 751	4 674	3 737	3 695	3 724
Passiva	3) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9 216,7	9 827,0	10 721,8	13 234,5	20 230,3	23 450,7	25 770,5	24 931,4	22 567,8	23 756,6
	davon Spareinlagen	2 174,8	2 220,1	2 161,5	2 351,4	2 556,4	2 650,6	2 919,3	3 012,1	2 973,4	2 914,3
	täglich fällige Einlagen	2 440,3	2 764,6	2 979,1	4 158,6	5 641,9	5 959,2	6 567,9	6 349,5	7 535,1	9 199,6
	Termineinlagen	4 601,6	4 842,3	5 581,2	6 724,5	12 032,0	14 840,9	16 283,3	15 569,8	12 059,4	11 642,8
	4) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4 122,7	5 497,6	5 877,9	5 069,3	15 710,3	15 356,9	14 048,8	10 455,5	6 529,6	8 273,9
	5) Schuldverschreibungen und verbrieftete Verbindlichkeiten	1 307,8	1 498,2	1 542,1	1 652,2	1 791,5	1 908,6	1 989,0	6 803,3	8 241,8	11 356,3
	6) Rückstellungen	219,5	217,7	236,5	269,7	388,7	403,6	439,0	354,5	409,4	671,3
	7) Haftendes Kapital	750,0	852,5	973,0	1 064,5	1 819,3	2 355,8	2 410,0	2 271,4	2 271,4	2 270,9
	8) Eigenkapital	664,3	715,4	784,5	874,5	1 627,9	2 162,9	2 215,5	2 271,4	2 271,4	2 270,9
Aktiva	9) Forderungen an Kunden	7 538,7	8 809,8	9 985,0	10 784,8	23 070,9	27 278,7	28 812,6	28 885,8	23 065,3	24 951,6
	10) Forderungen an Kreditinstitute	4 461,3	5 188,7	5 727,6	6 697,1	9 743,1	11 526,9	11 928,2	12 522,4	12 823,4	18 027,1
	11) Festverzinsliche Wertpapiere	2 288,5	2 252,3	1 919,3	1 692,1	1 441,0	1 074,8	1 482,1	930,1	1 111,9	1 509,7
GuV	12) Zinsüberschuss	372,9	405,7	367,3	418,0	552,1	839,8	1 016,3	992,6	933,5	944,3
	13) Provisionsüberschuss	98,3	110,2	136,3	160,0	176,6	185,9	243,7	268,5	281,6	279,3
	14) Handelsüberschuss	N.A.	N.A.	N.A.	N.A.	N.A.	N.A.	48,6	- 4,9	22,2	52,5
	15) Verwaltungsaufwand	353,7	384,3	403,7	444,6	517,1	665,4	820,4	714,3	758,3	861,9
	16) Sonstiges Ergebnis	1,0	- 7,4	- 2,3	20,1	28,1	5,3	24,7	32,4	40,7	24,9
	17) Risikovorsorge	75,9	29,2	57,3	103,2	167,6	258,2	300,9	407,6	374,7	1 457,7
	18) Betriebsergebnis	42,6	95,0	40,3	50,3	72,1	107,4	212,0	166,7	145,0	- 1 018,6
	19) Jahresüberschuss	25,0	32,4	37,5	43,3	56,4	60,6	86,5	0,0	0,0	0,0

Quelle: Diese Kennzahlen basieren auf den Jahresabschlüssen der Berliner Bank AG. Vgl. hierzu BB, Geschäftsberichte 1987 bis 1996, Berlin 1988 bis 1997. Das haftende Kapital 7) umfasst neben dem Eigenkapital auch „Genussrechte“ und „Nachrangig haftende Verbindlichkeiten“. Die GuV-Kennzahlen wurden analog zum Vorgehen bei der Sparkasse/Landesbank ermittelt. Die Risikovorsorge 17) ergibt sich aus den „Abschreibungen auf Forderungen“ den „Abschreibungen auf Beteiligungen“, den „Aufwendungen aus Verlustübernahme“ abzüglich den „Zuschreibungen zu Forderungen“ sowie den „Zuschreibungen zu Beteiligungen“.

Gründung der Bankgesellschaft Berlin: zur Entwicklung der Vorgängerinstitute

„Sondereffekte“ wie die „Stuttgarter Affäre“ über 75 Millionen DM gekostet hatten. Verantwortlich waren anscheinend personaltechnische Probleme sowie die ungünstige Wettbewerbssituation der Bank in Westdeutschland, die sich ihren Markteintritt durch niedrige Gewinnmargen und eine ungünstige Risikodisposition erkaufen musste.

Daher sah sich die BB gezwungen, ihren Eigenkapitalbedarf extern zu decken. Aufgrund der begrenzten Haushaltslage erwies sich das Land Berlin in dieser Hinsicht als „Bremser“. Während die Gothaer Versicherung ihren Anteil in drei Stufen auf gut 25 Prozent ausbaute, reduzierte sich die Beteiligung des Landes, das seine Optionsrechte an die Versicherung abgetreten hatte, auf etwa 56 Prozent. Um die Landesmehrheit nicht durch weitere Kapitalerhöhungen zu gefährden, griff man zunächst auf Genussrechte zurück. Eine Zuspitzung der Situation ergab sich 1990 aufgrund einer Verschärfung der Eigen-

kapitalrichtlinien im Zuge der Einführung des europäischen Binnenmarktes sowie der Öffnung der Ostmärkte seit dem Mauerfall.

Expansion nach Ostberlin und Ostdeutschland

Bereits auf ihrer Hauptversammlung 1990 hatte die Berliner Bank die Expansion nach Ostberlin und Ostdeutschland auf die Agenda ihrer zentralen strategischen Ziele gestellt, die in drei Stufen (Ostberlin, Berliner Umland, Niederlassungen in ostdeutschen Ballungszentren) erfolgen sollte. Das Management der BB zeigte sich in Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung ausgesprochen optimistisch, sah sich aber in der Zwickmühle, nicht über die ausreichenden finanziellen Mittel für eine Expansion zu verfügen.

Ende 1990 stieß die BB an die Grenzen der Eigenkapitalgrundsätze nach KWG. In dieser Situation entschloss sich das Land Berlin

zur Teilnahme an Kapitalerhöhungen in den Jahren 1991 und 1992. Ein weiterer Anstieg des Eigenkapitals der BB ergab sich durch die Fusion mit der Stadtbank AG (ehemaliges Stadtkontor Ost) zum 1. Oktober 1991. Damit war eine weitere Stufe der Expansion möglich geworden. 1993 bestanden bereits 28 Filialen in Ostberlin, 17 Filialen in Brandenburg sowie Niederlassungen in Dresden, Erfurt, Leipzig, Magdeburg und Schwerin. Die Bedeutung des Ostgeschäftes für das Wachstum der BB wird anhand der Bilanzkennzahlen deutlich.

Im Jahr der Stadtbankfusion 1991 erhöhten sich die Forderungen der Berliner Bank AG an Kunden um 114 Prozent auf 23,1 Milliarden DM. Die Bilanzsumme nahm um 86,7 Prozent auf 40,3 Milliarden DM zu. Von diesen Zuwächsen entfielen etwa zwei Drittel auf das Altgeschäft der Stadtbank AG. Die in den Folgejahren erheblich verringerten Zuwächse im Aktiv- und Passivgeschäft lassen sich mit der Rückführung des Altgeschäftes der Stadt-

Abbildung 3: Wichtige Kennzahlen der Berliner Pfandbriefbank/Berlin Hyp in Millionen DM

		1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	1) Bilanzsumme	7 608,0	9 589,5	10 846,9	12 598,7	18 767,9	20 957,2	24 572,8	28 267,5	31 570,3	63 946,5
	2) Personal (Mitarbeiterzahl)	107	113	122	138	144	156	170	170	205	414
Passiva	3) Schuldverschreibungen/ Ab 1993 verbriefte Verbindlichkeiten	2 051,1	2 729,6	2 937,8	2 889,2	3 704,8	5 756,1	6 048,4	7 789,5	10 642,5	30 935,6
	4) Langfristige Verbindlichkeiten/Ab 1993 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5 117,0	6 361,1	7 337,5	8 992,7	14 132,6	13 874,1	12 597,0	13 411,5	14 057,2	20 597,5
	5) Kurzfristige Verbindlichkeiten/ Ab 1993 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9,5	8,4	8,7	12,3	21,4	65,6	4 835,3	5 739,8	5 375,8	9 497,3
	6) Rückstellungen	17,9	23,6	21,6	47,3	35,1	66,5	35,4	19,9	22,2	67,8
	7) Eigenkapital	280,4	300,4	320,5	349,0	425,0	530,0	600,0	660,0	625,6	1 476,1
Aktiva	8) Langfristige Forderungen/ Ab 1993 Forderungen an Kunden	6 618,8	7 803,8	8 698,1	9 675,2	11 189,1	15 614,8	19 889,2	24 049,9	28 709,8	56 606,6
	davon Hypotheken	4 613,9	5 235,4	5 910,7	6 719,0	7 963,6	10 370,1	12 526,2	14 837,5	17 798,3	33 074,0
	Kommunaldarlehen	1 914,3	2 389,0	2 443,0	2 548,2	2 708,2	4 391,0	7 354,7	9 199,4	10 877,8	23 219,6
	Sonstige	90,7	179,5	344,3	407,9	517,3	853,6	8,3	13,0	33,7	313,0
	9) Kurzfristige Forderungen/ Ab 1993 Forderungen an Kreditinstitute	603,4	1 075,6	1 450,3	2 211,0	6 264,8	2 640,2	3 251,4	3 196,0	1 847,5	5 605,5
	10) Wertpapiere/ Ab 1993 Festverzinsliche Wertpapiere	275,2	574,9	549,3	532,8	1 088,2	2 430,9	1 197,4	699,5	727,0	1 065,9
GuV	11) Zinsüberschuss	61,5	66,3	80,0	116,5	164,5	261,2	222,8	165,2	175,1	385,7
	12) Überschuss aus einmaligen Erträgen/ Ab 1993 Provisionsüberschuss	4,0	- 10,6	- 9,1	- 16,6	- 34,0	- 2,7	- 0,7	- 6,0	- 6,2	2,3
	13) Verwaltungsaufwand	18,7	25,4	22,3	30,2	25,5	30,7	49,7	44,8	54,0	109,0
	14) Sonstiges Ergebnis	2,2	2,5	0,6	- 0,7	2,6	0,0	- 8,0	- 6,2	- 8,1	- 15,8
	15) Risikovorsorge	3,0	1,8	16,6	16,9	- 0,4	45,4	10,9	27,6	39,5	134,3
	16) Betriebsergebnis	46,0	31,0	32,6	52,1	108,0	182,4	153,5	80,6	67,3	128,9
	17) Jahresüberschuss	30,3	20,0	20,0	28,5	76,0	105,0	70,0	76,8	40,5	154,3

Quelle: Diese Kennzahlen basieren auf den Jahresabschlüssen der Berliner Pfandbriefbank/Berlin Hyp. Vgl. hierzu Berliner Pfandbriefbank, Geschäftsberichte 1987 bis 1991, Berlin 1988 bis 1992; Berlin Hyp, Geschäftsberichte 1992 bis 1996, Berlin 1993 bis 1997. Aufgrund von Umstellungen im Bilanzierungsschema ab 1993 ergeben sich Probleme bezüglich der Bezifferung einzelner Unterpositionen. Die Position 2) wird ab 1993 als „Verbrieftete Verbindlichkeiten“ bezeichnet. Bis 1992 wurde zwischen kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten unterschieden, während ab 1993 zwischen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beziehungsweise Kreditinstituten differenziert wird. Gleiches gilt für den Forderungsbestand. Bei den Wertpapieren 10) wird erst ab 1993 zwischen festverzinslichen und nicht festverzinslichen Papieren unterschieden. Die GuV-Kennzahlen wurden analog zur Berliner Sparkasse/LBB sowie der Berliner Bank ermittelt.

bank erklären. Das starke Wachstum wirkte sich auch auf den Ertrag aus, wobei vor allem der Zinsüberschuss zunahm. Ein deutlicher Anstieg ergab sich auch bei den Verwaltungsaufwendungen mit 103 Prozent sowie der Risikovorsorge mit 200 Prozent.

Die Berliner Pfandbrief-Bank

Die Berliner Pfandbrief-Bank wurde im Jahr 1868 als Berliner Pfandbriefinstitut gegründet. 1973 in Berliner Pfandbrief-Bank umbenannt, war das Institut seit 1970 als Kapitalsammelstelle nach § 17 BerlinFG tätig. Zum 20. Oktober 1992 wurde die Pfandbrief-Bank in die Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank AG (Berlin Hyp) umgewandelt. Im Passivgeschäft refinanzierte sich die Pfandbrief-Bank in den achtziger Jahren über Landesdarlehen, Kredite nach § 17 BerlinFG sowie Schuldverschreibungen, wobei den Berlinförderdarlehen hohe Bedeutung zukam. Im Aktivgeschäft betrieb das „Realkreditinstitut“ neben der Durchleitung der Fördermittel nach § 17 BerlinFG Geschäfte mit Hypotheken- und Kommunaldarlehen.

Das Immobilienkreditgeschäft konzentrierte sich zunächst auf die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus in Berlin. 1987 wurden von einem Kreditvolumen über 639,5 Millionen DM Kredite von 291 Millionen DM im sozialen Wohnungsbau und von 152,5 Millionen DM im steuerbegünstigten und freifinanzierten Wohnungsbau vergeben. 91,7 Millionen DM entfielen auf gewerbliche Immobilien sowie 374,5 Millionen DM auf Kommunaldarlehen. Aufgrund der zinsgünstigen Refinanzierung konnte das Institut vermutlich zu besseren Konditionen Hypothekendarlehen vergeben als die private Konkurrenz. Die Ausfallrisiken aus Geschäften im sozial geförderten Wohnungsbau dürften sich zudem in Grenzen gehalten haben. Dementsprechend bewegte sich die Risikovorsorge auf außerordentlich niedrigem Niveau.

Eine Veränderung dieser eher „soliden“ Geschäftspolitik ergab sich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Das Geschäftsvolumen konnte zu Beginn der neunziger Jahre deutlich von einer Milliarde DM 1987 auf 6,5 Milliarden DM 1993 ausgeweitet werden. Die gleiche Tendenz zeigt sich auch in der Bilanzsumme, die sich bis 1993 fast verdreifachte. Dabei verlagerte sich der Schwerpunkt vom geförderten Wohnungsbau zu Gewerbe-

immobilien. 1993 betrug das Volumen im gewerblichen Neugeschäft 1,6 Milliarden DM. Das Neugeschäft in der Wohnungsbaufinanzierung stieg bis 1990 auf etwa 800 Millionen DM und ging bis 1993 wieder leicht auf 753 Millionen DM zurück.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund des Berliner Baubooms Anfang der neunziger Jahre zu sehen. So äußerte sich Hypothekenbankchef Klaus-Rüdiger Landowsky 1990 geradezu euphorisch über neue Geschäftsmöglichkeiten und sprach von einem Investitionsvolumen von bis zu 100 Milliarden DM. Die deutlichste Änderung im Passivgeschäft war der Wegfall der Berlin-Darlehen. Ab 1992 refinanzierte sich das Kreditinstitut fast vollständig über Schuldverschreibungen, wobei Volumina über 2,1 Milliarden DM beziehungsweise drei Milliarden DM in 1993 abgesetzt werden konnten. Trotz der dadurch gestiegenen Refinanzierungskosten wurde der Jahresüberschuss bis 1993 auf 105 Millionen DM gesteigert. Ausgesprochen verhalten entwickelte sich allerdings die Risikovorsorge der Bank. Die Rückstellungen der Jahre 1989 und 1990 entfielen praktisch ausschließlich auf den Wertpapierbereich. Von einer nennenswerten Risikovorsorge im Kreditgeschäft kann somit trotz der Expansion in die Gewerbeimmobilienfinanzierung erst ab dem Jahr 1992 gesprochen werden.

Der vollständige Beitrag wird nach Erscheinen der letzten Folge zusammen mit einem umfangreichen Literatur- und Quellenverzeichnis als Diskussionsbeitrag Nr. 2008/1 des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin im Internet veröffentlicht. Vergleiche www.wiwiss.fu-berlin.de/verwaltung-service/bibliothek/diskussionsbeitraege/diskussionsbeitraege-wiwiss/2008/index.html.

Fußnoten

- ¹⁾ Abgeordnetenhaus Berlin, Vorlage – zur Beschlussfassung – über das Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Drucksache 12/3349, 2.
- ²⁾ So etwa Matthew D. Rose, Eine ehrenwerte Gesellschaft: Die Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin 2004; Abgeordnetenhaus Berlin, Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses Berlin vom 5. Mai 2006 – 15. Wahlperiode – zur Aufklärung der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden, Drucksache 15/4900.
- ³⁾ So konnte die Berliner Bank einen deutlich höheren Provisionsüberschuss ausweisen. Vgl. die Kennzahlen in den Abb. 1 und 2.
- ⁴⁾ Handelsblatt, Moser fordert Änderung des Sparkassengesetzes, in: Handelsblatt 20. Dezember 1988; Die Welt, Sparkasse Berlin: Dividende für die Stadt wird fraglich, in: Die Welt 15. März 1989. ■■■■■

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen



Verlag und Redaktion:

Verlag Fritz Knapp GmbH
Aschaffener Str. 19, 60599 Frankfurt,
Postfach 11 11 51, 60046 Frankfurt.
Telefon: (0 69) 97 08 33 - 0, Telefax: (0 69) 7 07 84 00
E-Mail: red.zfgk@kreditwesen.de
Internet: www.kreditwesen.de

Herausgeber: Klaus-Friedrich Otto

Chefredaktion: Dr. Berthold Morschhäuser,
Philipp Otto

Redaktion: Swantje Benkelberg, Lars Haugwitz,
Alexander Hofmann, Barbara Stauch, Frankfurt
am Main

Redaktionssekretariat: Anja Oehrl

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Manuskripte: Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das ausschließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeicherung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsrichtlinien finden Sie unter www.kreditwesen.de.

Verlagsleitung: Uwe Cappel

Anzeigenleitung: Ralf Werner, Tel. (0 69) 97 08 33-43

Anzeigendisposition:

Alexandra Knab, Tel. (0 69) 97 08 33-33,
sämtl. Frankfurt am Main, Aschaffener Str. 19.

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 50 vom 1.1.2008 gültig.

Zitierweise: KREDITWESEN

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugsbedingungen: Abonnementspreise incl. MwSt. und Versandkosten: jährlich € 394,32, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 202,32, 1/4-jährlich € 103,38, Ausland: jährlich € 408,96. Preis des Einzelheftes € 17,90 (zuzügl. Versandkosten).

Bestandteil des Abonnements ist eine 4-mal jährlich erscheinende Ergänzungsausgabe (Supplement) „Technik – IT für Finanzdienstleister“.

Verbundabonnement mit der Zeitschrift »bank und markt«: € 618,48, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 322,44, 1/4-jährlich € 169,32. Ausland: jährlich € 634,80.

Studenten: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche Abbestellung vorliegt. Bestellungen direkt an den Verlag oder an den Buchhandel.

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

Bankverbindungen: Landesbank Hessen-Thüringen – Girozentrale – 10 555 001 (BLZ 500 500 00), Frankfurt am Main.

Druck: Kern & Birner GmbH + Co., Werrastraße 4,
60486 Frankfurt am Main.

ISSN 0341-4019

